

Plurale Gesellschaft muss Dissens tolerieren



Der beherzte Kampf gegen Ausgrenzung ist ein zutiefst humanes Bestreben, schreibt FDP-Vize Wolfgang Kubicki für Tagesspiegel Causa. Politische Korrektheit dürfe jedoch nicht übertrieben werden. "Politische Korrektheit grenzt Menschen aus, die sich bestimmten Sprachcodes nicht anpassen. In einer pluralen Gesellschaft müssen aber auch Meinungen zugelassen werden, die nur schwer tolerierbar sind", verdeutlichte er.

Wenn allerdings der Kampf gegen die Ausgrenzung selbst zur Stigmatisierung und Ausgrenzung führt, "dann haben wir es mit einer politischen Korrektheit zu tun, die Unfreiheit zum Ergebnis hat", warnte Kubicki. Insbesondere die Grünen oder die Linkspartei hätten sich in der Vergangenheit mit der moralischen Stigmatisierung anderer einen zweifelhaften Ruf erarbeitet und hieraus bisweilen ein politisches Geschäftsmodell gemacht.

Kubicki plädierte dafür, sich auf den Wert der Pluralität zu besinnen. Auch wenn Rechtspopulisten aus verständlichen Gründen nicht sonderlich beliebt seien, "ist allein die Tatsache, dass es sie hier geben darf und dass sie ihren geistigen Unrat von sich geben können, ein Beweis dafür, dass unsere freiheitliche Demokratie, unsere Debattenkultur und unser Rechtsstaat funktionieren", unterstrich er. Eine freie Gesellschaft profitiere davon, wenn Diskutanten einander unterstellten, dass beide auch an einer Lösung eines Problems interessiert seien. "Politische Korrektheit zerstört diesen Grundgedanken. Sie kultiviert Vorurteile", kritisierte Kubicki.